

## **Große Anfrage der Fraktion der CDU**

### **Sicherheit in Bremen nicht durch ausländische Konflikte und importierten Extremismus gefährden**

Fast jede Woche finden deutschlandweit und in der Bremer Innenstadt Demonstrationen von Kurden statt, die sich gegen den türkischen Militäreinsatz in der nordsyrischen Provinz Afrin richten.

Die Protestkundgebungen in Bremen sind bisher meistens friedlich verlaufen. Sie stellen dennoch ein Sicherheitsrisiko dar, auch weil der Konflikt auf türkischer Seite mehrheitlich anders bewertet wird. So sind beispielsweise im Februar rund 600 Menschen in Bremerhaven auf die Straße gegangen, um die türkische Militäroffensive in Nordsyrien zu unterstützen.

Besorgniserregend in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass der Konflikt um Afrin ganz offensichtlich die Hemmschwelle einiger Gruppierungen zur Gewaltanwendung massiv gesenkt hat. Eine der PKK nahestehende „kurdische Jugendinitiative“ hat wegen der anhaltenden türkischen Militär-Offensive zu Vergeltungsschlägen in ganz Europa aufgerufen. In einer Erklärung – veröffentlicht auf der Seite Nuce Ciwan – Radikaler junger Blick – heißt es unter anderem „wer den Krieg gegen unser Volk unterstützt und verteidigt wird dafür bezahlen müssen. Wenn uns niemand zuhören will, werden wir jede Innenstadt Europas in Schutt und Asche legen. Egal wie und egal was an diesem Tag brennt, Europa muss verstehen das wir nicht zulassen werden, dass Afrin fällt“. In der Erklärung werden ausdrücklich auch „staatliche Institutionen (SPD/CDU-Büros, Polizei, Gerichte)“ als Angriffsziel genannt.

Auf diversen Internetseiten werden die auf Handyvideos aufgenommen zahlreichen Brandanschläge auf türkische Moscheen, Cafés und Gemüseläden hochgeladen und weitere angedroht. Hinterlassen werden regelmäßig Schmierereien wie „Rache für Afrin“ oder PKK-Slogans. Die letzte dokumentierte Aktion auf Nuce Ciwan datiert vom 4. Mai 2018. Auch Anschläge auf politische Einrichtungen wurden bereits mehrfach durchgeführt, wie die auf die CDU-Kreisgeschäftsstelle in Celle. Dabei wurden in der Nacht Fenster eingeschmissen und an die Fassade „fight for Afrin“ geschrieben. Gleiches geschah auch im Kreisberatungszentrum der Bundeswehr in Celle. Auch zahlreiche SPD-Geschäftsstellen wurden angegriffen und beschmiert.

Diese Taten der letzten Wochen und Monate zeigen, welches Eskalationspotenzial der Konflikt insgesamt birgt. Die Landeskriminalämter haben unlängst davor gewarnt, dass kurdische und türkische Gangs den aktuell in der Türkei stattfindenden politischen Kampf auch in Deutschland austragen würden. Die zum Teil massiven Auseinandersetzungen in zahlreichen deutschen Städten zeigen das hohe Gewaltpotenzial der rivalisierenden Gruppen.

Dabei bereitet insbesondere auch die Zusammenarbeit mit deutschen linksextremen oder autonomen Gruppierungen große Sorge. Auf dem linksradikalen Blog „Herz des Krieges“ heißt es, der Kampf müsse auf die Straßen Europas getragen werden, „um Kriegsprofiteuren und Erdogan-Groupies aufzuzeigen,

dass es für sie kein ruhiges Hinterland gibt!" Die Seite befürwortet ausdrücklich „militante Aktionen“. In Bremen erfolgt die Unterstützung kurdischer Proteste durch Linksextremisten in Form von diversen Informationsveranstaltungen und Aktionen, wie Mahnwachen und zahlreichen Demonstrationen des „Kurdistan Solidaritätskomitee Bremen“. Dazu zählt auch eine konkrete Unterstützung in Form von Spendensammlungen. Diese unheilvolle Allianz ist in vielen Städten zu beobachten und gehört verschärft beobachtet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie viele laufende Ermittlungsverfahren gibt es in dem Bereich Ausländerextremismus, wie haben sich diese in dem Zeitraum von 2015 bis 2018 entwickelt, und welche Deliktstypen sind zu nennen?
2. Welche Erkenntnisse hat der Senat hinsichtlich der Tatorte und Ausführungsarten dieser Straftaten? Sind bei der Begehung bestimmte Muster erkennbar?
3. Welche Erkenntnisse hat der Senat aus anderen Bundesländern zu solchen Anschlägen?
4. Inwieweit sind dem Senat Tatzusammenhänge zwischen Straftaten in Bremen und entsprechenden Taten im gesamten Bundesgebiet bekannt?
5. In wie vielen Fällen gab es zu den Taten Bekennerschreiben, welche Personen oder Organisationen haben sich zu den Taten bekannt, und inwiefern wurden weitere Drohungen in den Schreiben ausgesprochen? In wie vielen Fällen konnte man aufgrund der hinterlassenen extremistischen Botschaften am Tatort auf die ausführende Tätergruppierung schließen?
6. Welche Erkenntnisse hat der Senat über Vereine oder Zusammenschlüsse von PKK-Anhänger im Land Bremen?
7. Inwiefern werden diese Vereine oder Zusammenschlüsse zu öffentlichen Veranstaltungen des Senats oder der Bremischen Bürgerschaft eingeladen?
8. Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass Mitglieder beispielsweise der NAV-DEM von Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft und dem Präsidenten im Foyer des Hauses empfangen wurden und ein Dossier um die Vorkommnisse in Afrin entgegennahmen?
9. Wie viele Versammlungen wurden von den unter 6 genannten Vereinen und Personen mit welchem Veranstalter und welchem Thema in den Jahren 2016, 2017 bis heute (Stichtag 7. Mai 2018) angemeldet?
10. Welcher personelle Aufwand hat sich in der Begleitung dieser Demonstrationen bei der Polizei ergeben?
11. Für welche dieser Versammlungen wurden Auflagen mit welchem Inhalt erlassen?
12. Im Zusammenhang mit welchen dieser Versammlungen wurden Ermittlungsverfahren aufgrund welcher Verstöße eingeleitet?
13. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat vor, dass die PKK beziehungsweise ihre „Unterstützervereine“ von Bremen aus gewaltsame Aktionen im Ausland unterstützen zum Beispiel durch die Rekrutierung von Kämpfern, durch finanzielle oder logistische Hilfe?
14. Wie schätzt der Senat die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Bremen durch PKK-Anhänger ein?
15. Wie bewertet der Senat in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit links-extremen oder autonomen Gruppen?

16. Welchen präventiven Ansätze verfolgt der Senat im Hinblick auf die Anhänger der PKK und inwieweit geht er offensiv gegen Unterstützervereine vor?

Wilhelm Hinners, Turhal Özdal, Thomas Röwekamp  
und Fraktion der CDU